

Landschaftsversammlung am 01.02.2018

5

Haushaltsrede von Heinz Entfellner, Fraktionssprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

Sperrfrist: Donnerstag, 01.02.2018, 11.15 Uhr

10

Es gilt das gesprochene Wort.

15 Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landesdirektor, sehr geehrte Landesrätinnen und Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen der Landschaftsversammlung!

Wie all die Jahre davor spielt der Inhalt des über 3 Milliarden Euro schweren Haushalts des Landschaftsverbandes auch dieses Mal in der öffentlichen Debatte soviel wie keine Rolle.

20 Wurde der Haushalt dennoch außerhalb dieses Hauses diskutiert, dann ging es ausschließlich um seine Finanzierung, sprich: die Höhe der Umlage, die regelmäßig von unseren Mitgliedskörperschaften kritisiert wurde, als Ursache fehlenden Sparwillens und allzu großzügigen Wirtschaftens.

Doch diesmal ist alles anders: Kritik an der von der Verwaltung vorgeschlagenen Umlagehöhe blieb aus, das Interesse der Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer war gering, was sich in der Anzahl der Teilnehmenden bei den Treffen zur Benehmensherstellung zur Festsetzung der Umlage ausdrückte.

25 Und noch etwas ist anders: zum ersten Mal seit vielen Jahren gibt es keinen Antrag von CDU und/oder SPD zur Senkung der Umlage über den Verwaltungsvorschlag hinaus. Es bleibt also bei 16,0 %-Punkten.

Zu verdanken haben wir dies in erster Linie der derzeitigen außergewöhnlich guten Konjunktur. Sie ermöglicht es auch, die fast vollständig aufgebrauchte Ausgleichsrücklage wieder aufzufüllen, wenngleich sie dann immer noch nicht einmal die Hälfte ihrer ehemaligen Höhe betragen wird.

30 Sie ist aber dringend notwendig für kalkulierbare, verlässliche Hebesätze ohne große Sprünge nach oben und unten, wie wir es als GRÜNE Fraktion regelmäßig einfordern.

Die Haushaltsberatungen 2018 waren – und das sehen bestimmt nicht nur die Mitglieder der GRÜNEN Fraktion so – im eigentlichen Sinne gar keine Beratungen. Es waren eher Haushalts-Abstimmungen.

35 Die Minderheitsfraktionen haben Anträge eingebracht und begründet. Sie, meine Damen und Herren von CDU und SPD, haben Abstimmung beantragt, ohne Aussprache, ohne Austausch von Argumenten, ohne Begründung Ihrer Ablehnung.

Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU, haben Anträge eingebracht und sie – trotz Aufforderung – nicht einmal begründet, Sie haben Abstimmung beantragt.

Und dies durchgängig in allen Fachausschüssen bis hin zum Landschaftsausschuss.

Ein solches Vorgehen kann ich nur mit dem Begriff „Arroganz der Macht“ beschreiben.

40 Ein solches Vorgehen untergräbt die Werte des demokratischen Parlamentarismus und öffnet Politik- und Politiker-Verdruss Tür und Tor.

Gehen Sie in den jeweiligen Gremien in Ihren Kreisen und Städten ebenso vor, oder machen Sie das nur hier hinter den schützenden Mauern des Landeshauses, wohl wissend, dass Bürgerinnen und Bürger, also Wählerinnen und Wähler, im Gegensatz zu Kreis- und Rathäusern sehr weit entfernt sind?

45

Was die Förderung der nichtstaatlichen Archive anbelangt, waren wir uns in der Sache und sogar der Förderhöhe eigentlich einig.

50 Es gab aber einen entscheidenden Unterschied: wir wollten die Fördersumme von 75.000.- Euro on top im Kulturhaushalt, Sie bestanden darauf, dies innerhalb des bestehenden Budgets aufzubringen, obwohl gerade im Kulturbereich seit Jahren keine Erhöhung der Mittel stattfand.

Und selbst wenn die Verwaltung erklärt, dass die Erhöhung der Fördersumme innerhalb des Kulturhaushaltes möglich sei, so ist doch mit der Ablehnung unseres Antrages die Chance vertan, diese Summe dann zum Beispiel für den Einstieg in den kostenlosen Museumsbesuch für Kinder und Jugendliche zu investieren.

55 Bleiben wir im Kulturbereich: Unser Antrag auf Förderung der Freien Szene wurde ebenfalls von CDU/SPD abgelehnt. Damit wurde die Chance vertan, die doch große Distanz zwischen dem LWL-Kulturbetrieb und den freien Kulturschaffenden abzubauen, und somit auf diesem Sektor das Alleinstellungsmerkmal des LWL zu schärfen, kulturelle Vielfalt zu erweitern und vor allem junge Menschen für Kultur zu erreichen.

60 Bei unseren beiden Anträgen ging es um 100.000 Euro. Wie stellt man sich denn vor, Blitze durch das Preußen-Museum zucken zu lassen (s. Mindener Tageblatt vom 30.01.2018), wenn man noch nicht einmal bereit ist, 100.000 Euro bereitzustellen.

Abgelehnt wurde auch unser Antrag auf Unterstützung des internationalen Jugendaustausches mit Westfländern in Höhe von 30.000,- Euro.

65 Die Bedenken des Landesjugendamtes in Bezug auf eine eigene Durchführung konnten wir nachvollziehen und haben dafür die Variante, dies in Kooperation mit dem Landesverband NRW des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. durchzuführen, vorgeschlagen, der darin große Erfahrungen aufweisen kann.

70 Im Gedenken an die einhundertste Wiederkehr der Beendigung des Ersten Weltkrieges wäre ein sozialpädagogisches Projekt wie ein Jugendaustausch zu diesem Thema ein deutliches Signal und ein geeignetes Mittel gewesen, um bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Engagement für den europäischen Gedanken zu initiieren und präventiv gegen Rechtsradikalismus zu arbeiten, nach der Devise: jede Demokratie bestimmt durch die Erinnerung an die Vergangenheit auch ihre Gegenwart.

Zudem hätte sich der LWL hier auch als Klammer für Westfalen erweisen können, indem Jugendliche aus allen Regionen Westfalen-Lippes über diese Förderung Gelegenheit an der Teilnahme eines Austausches gehabt hätten.

Umso bedauerlicher, dass diese Idee von CDU und SPD ohne inhaltliche Debatte abgelehnt wurde, mit dem Hinweis aus den Reihen der SPD-Fraktion, dass es da Töpfe von anderen gebe.

75 Politischen Gestaltungswillen erkenne ich darin nicht!

Aber es gibt einen Sparwillen der beiden großen Fraktionen, den wir allerdings sehr kritisch sehen. Das wird im Bereich der Sozialpolitik besonders deutlich.

80 Die GRÜNE Fraktion beantragte den Zielkatalog für das Produkt „Ambulant Betreutes Wohnen“ um die Worte „...und von Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf“ zu ergänzen, sowie das Kennzahlen- und Leistungsmengen-Tableau im Bereich der Leistungsempfänger nach den jeweiligen Hilfebedarfsgruppen zu differenzieren.

Diesen Antrag lehnten CDU und SPD fast ohne inhaltliche Stellungnahme ab.

85 Damit erklären Sie, meine Damen und Herren -zumindest indirekt, und die Formulierungen in Ihrem Änderungsantrag zu den Leitlinien zur Sozialplanung dazu bestärken mich in meiner Einschätzung – dass der Anteil von Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf, unabhängig von der Art ihrer Behinderung, nicht erhöht werden soll. Damit gehen Sie, meine Damen und Herren von CDU- und SPD-Fraktion, hinter das bisher gültige Prinzip der Sozialverwaltung zurück und sprechen sich auch dagegen aus, dass alle Menschen mit Behinderungen gleichermaßen einen Anspruch darauf haben, selbstbestimmt zu leben, unabhängig davon, wie viel Unterstützungsbedarf sie haben.

Und das aus einem einzigen Grund: Einsparungen zu erzielen!

Wäre das nicht so, dann hätten Sie unserem Antrag im Punkt 1 zumindest zustimmen können.

90 Was die Ablehnung der von uns beantragten Differenzierung von Kennzahlen und Leistungsmengen betrifft, ist Folgendes festzuhalten:

Wir erfahren aus den vorhandenen Kennzahlen nicht, wie hoch der Anteil der Personen aus den verschiedenen Hilfebedarfsgruppen im stationären und im ambulanten Bereich ist.

95 Wir können derzeit also gar nicht feststellen, ob die Bemühungen, dass mehr Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf selbständig leben, Früchte tragen, und auch nicht, ob die bisherigen Ziele erreicht werden.

Der Sinn der Kennzahlen wird damit nur unzureichend erfüllt. Wir sehen keine Entwicklung, wir wissen nicht, ob unsere Maßnahmen greifen oder ob und wenn ja, wie wir anders agieren müssen.

100 Dass Sie es ablehnen, meine Damen und Herren von CDU und SPD, darüber wenigstens zu diskutieren und damit den Versuch zu wagen, gemeinsam Ziele und Kennzahlen weiter zu entwickeln, verfestigt bei uns den Eindruck, dass Sie an mehr Transparenz und Erfolgskontrolle und damit an politischer Gestaltung überhaupt nicht interessiert sind.

Es geht Ihnen anscheinend ums Sparen um jeden Preis.

Was wir als GRÜNE nicht wollen ist, dass das Wunsch- und Wahlrecht immer weiter ausgehebelt wird und gleiche Lebensverhältnisse nur dann hergestellt werden, wenn es nicht mehr kostet.

105 Was wir als GRÜNE wollen ist, dass Ambulantisierung kein Sparinstrument wird und nicht nach Kosten unterschieden wird, wer ambulant wohnen darf und wer nicht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt den Haushalt 2018 ab, den Hebesatz von 16,0%-Punkten tragen wir mit.

Zum Ende meiner Rede hin möchte ich einen kurzen Blick auf das vor uns liegende Jahr aus meiner ganz persönlichen Sicht werfen, indem ich beispielhaft zwei Ereignisse und einen Wunschtraum herausgreife, auf die ich mich jetzt schon freue:

110 1. Auf die Eröffnung des Besucherzentrums an der Porta, das bestimmt ein Besuchermagnet in meiner ostwestfälischen Heimat wird.

2. Auf die Sonderausstellung über die 68er Jahre im Freilichtmuseum Detmold, von der ich mir wünsche, dass viele von uns sie besuchen und ein Stück der Aufbruchsstimmung jener Zeit ins Hier und Jetzt transportieren.

115 Und schließlich auf meinen Wunschtraum: am Ende des Jahres 2018 haben wir erfolgreich die im Laufe des Jahres veräußerten RWE-Aktien ökologisch und ökonomisch, nachhaltig und gewinnbringend sowie nach ethischen Kriterien wieder angelegt.

Abschließend danke ich Ihnen, meine sehr verehrten Landesrätinnen und Landesräte, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, verbunden mit der Bitte, meinen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

120 Und Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, sage ich Danke fürs geduldige Zuhören.